



Laschet zeigt sich bereit zum Rückzug

CDU-Chef will Neuaufstellung der Parteispitze „moderieren“

Armin Laschet, Parteichef der CDU, will eigene Ambitionen für ein Jamaika-Bündnis mit Grünen und FDP sowie eine personelle Neuaufstellung seiner Partei nach der historischen Wahlniederlage zurückstellen. Es gehe jetzt nicht seine Person, sondern um das Projekt für das Land. „Und deshalb: Wenn man zu anderen Lösungen kommen will, ist dies möglich“, sagte er gestern an Grüne und FDP gewandt. Diese hatten zuvor Sondierungen mit der SPD über eine Ampel-Koalition aufgenommen. Laschet will den Spitzengremien seiner Partei am Montag einen Parteitag zur personellen Neuaufstellung vorzuschlagen. Er wolle diesen Prozess moderieren.

Bereits in den separaten Gesprächen mit FDP und Grünen am Sonntag und Dienstag habe er mit Blick auf ein Jamaika-Bündnis deutlich gemacht: „An der Person wird es nicht scheitern.“ Ebenfalls an FDP und Grüne gerichtet sagte er: „Ansprechpartner für die CDU bleibt der CDU-Vorsitzende. Dafür habe ich die Rückendeckung von Partei und Fraktion.“ Die CDU stehe weiter für ein Jamaika-Bündnis mit Grünen und FDP bereit, sagte Laschet, der erst seit Januar Parteichef ist. Das Angebot der CDU-Deutschlands steht bis zur letzten Sekunde der Regierungsbildung.“ Auffällig war, dass er

Laschet tut das einzige Richtige

KOMMENTAR



Rena Lehmann
r.lehmann@noz.de

CDU und CSU stehen vor einem Scherbenhaufen. Es war nicht allein die Schuld des Spitzengremien seiner Partei am Montag einen Parteitag zur personellen Neuaufstellung vorzuschlagen. Er wolle diesen Prozess moderieren.

Die Führungsgruppen der CDU haben versagt. Jetzt lassen sie Laschet im Regen stehen. Er hat

die CSU in diesem Zusammenhang nicht erwähnt.

Das katastrophale Wahlergebnis solle intensiv aufgearbeitet werden, sagte Laschet. „Die personelle Neuaufstellung der CDU, vom Vorsitzenden über das Präsidium bis hinein in den Bun-

nun das dringende Signal an Mitglieder und Wähler gesendet: Wir haben verstanden. Er will die Neuaufstellung der Partei moderieren, sogar einem Jamaika-Bündnis ohne ihn nicht im Weg stehen. Für ihn, der sein Leben der Politik widmet und der nun womöglich alles verliert, ist das ein harter Schritt, der Respekt verdient.

Einfach wird die Neuaufstellung nicht, zumal die CDU gerade erst einen langen Machtkampf um die Parteiführung hinter sich hat. In den vergangenen Tagen geisterten bereits altbekannte Namen durchs Regierungsviertel. Es ist allerdings fraglich, ob mit einem Jens Spahn, einem Norbert Röttgen oder einem Friedrich Merz ein Neuanfang möglich ist. Was die CDU nicht braucht: einen neuen Vorsitzenden, der nur aufs Kanzleramt schielte. Was gebraucht wird: eine bürgerlich-konservative Kraft der Mitte.

desvorstand, werden wir ebenfalls zügig anpacken“, versicherte er. Seit dem Rückzug von Kanzlerin Angela Merkel als Parteivorsitzende 2018 habe die CDU „eine andauernde Personaldebatte erlebt. Immer gegeneinander, immer in

wechselnden Besetzungen“. Diesmal wolle man „einen Weg des Konsenses gehen. Und jeder ist auch klug, sich jetzt daran zu halten“.

Am Dienstag hatte Laschet den nordrhein-westfälischen Verkehrsminister Hendrik Wüst als Nachfolger für die Ämter des Ministerpräsidenten und des CDU-Landesparteichefs vorgeschlagen. Auch in der Bundespartei gehe es um „einen Konsens aller, die im Moment in Betracht kommen. Diesen Prozess werde ich moderieren“, kündigte Laschet an.

Ampel-Gespräche werden vertieft

FDP-Generalsekretär Volker Wissing sagte, man habe die Entwicklung bei der Union zur Kenntnis genommen. Eine mögliche Regierungszusammenarbeit hänge aber von Inhalten, nicht von Personen ab. SPD, Grüne und FDP haben sich gestern in ihrem ersten Sondierungsgepräch auf einen Fahrplan für das weitere Vorgehen verständigt. Wie die drei Generalsekretäre am Abend mitteilten, sollen die Sondierungen zur Bildung einer Ampel-Koalition am Montag vertieft fortgesetzt werden. SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil lobte die „ernsthafte Gesprächsatmosphäre“. Parallelen Verhandlungen mit der Union schlossen Wissing und Grünen-Generalsekretär Michael Kellner aus. [dpa, AFP](#)

Einblicke – Seite 3

Merkels Abschiedsbesuch bei Papst Franziskus



Foto: AFP Photo/Vatican Media/Handout

ROM/BERLIN Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat gestern Papst Franziskus einen Abschiedsbesuch abgestattet. Bei der Privataudienz ging es Vatikanangaben zufolge unter anderem um Folgen der Corona-Pandemie und Migrationsfragen. Merkel würdigte überdies das Engagement des Papstes gegen den Klimawandel, forderte aber vor

dem Hintergrund der anhaltenden Missbrauchsskandale in der katholischen Kirche weitere Bemühungen um Aufarbeitung. Für die scheidende Bundeskanzlerin war es die fünfte Privataudienz bei Franziskus. Im Anschluss stand auch ein Mittagessen mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi auf dem Programm. [epd, AFP](#)

Niedersachsen lockert Vorgaben für Weihnachtsmärkte

HANNOVER Nach deutlicher Kritik von Schaustellern und Kommunen schwächt das Land Niedersachsen seine Vorgaben für Weihnachts- und Herbstmärkte merklich ab. Entgegen den ersten Plänen des Landes sind nun wieder eine Umzäunung des Geländes noch eine Zugangskontrolle etwa über die Ausgabe farbiger Bändchen

zwingend vorgeschrieben. Die Standbetreiber können sich Impf- und Testnachweise auch individuell zeigen lassen. Das geht aus der überarbeiteten Weihnachtsmarkt-Verordnung hervor, die heute in Kraft tritt.

Es bleibt dabei, dass Besucher entweder geimpft, gegenesen oder getestet sein müssen. Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre sind von dieser 3G-Regel ausgenommen. Den Betreibern der Märkte steht es frei, auch nur Geimpfte und Genesene zuzulassen. Gilt vor Ort die Warnstufe 3, wird diese 2G-Regel allerdings zur Pflicht. Eine Mund-Nasen-Bedeckung muss lediglich in komplett geschlossenen Räumen getragen werden. [ll](#)



Literatur
Nobelpreis geht an Abdulrazak Gurnah

Kultur – Seite 26

Razzia
Für Österreichs Kanzler Kurz wird es eng

Politik – Seite 2

Tarifstreit
Beschäftigte der Länder fordern mehr Geld

Wirtschaft – Seite 7

Kölner Dom
Endlich wieder ohne Gerüst zu bestaunen

Panorama – Seite 8

Das Wetter im Emsland

Freitag	Sonnabend	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch
18° 6°	17° 3°	16° 7°	15° 7°	14° 6°	13° 6°

Telefon: 0591/80009-0 | Abo-Service: 0591/80009-22 | Anzeigen: 0591/80009-33

Geld sparen durch weniger Müll

MEPPEN Wer weniger Müll produziert, spart Geld: Das gilt für die Bürger im Emsland ab Januar 2022. Jeder, der weiterhin alle 14 Tage seine schwarze Restmülltonne an die Straße stellt, muss wesentlich tiefer in die Tasche greifen. Die neue Gebührenordnung gilt für drei Jahre. Sie setzt sich laut dem Abfallwirtschaftsbetrieb aus Grund- und Leistungsgebühren zusammen. Dabei sind die Leistungsgebühren ab sofort je nach Anzahl der Leerungen variabel. [ma](#)

Kreis Emsland – Seite 9

Spahn: Bestimmte Corona-Regeln verzichtbar

Auffrischungsempfehlung für alle über 70 / Johnson & Johnson wenig wirksam

BERLIN Die Impfquote in Deutschland ist höher als bislang angenommen – jetzt hält Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) die Corona-Regeln teilweise für verzichtbar. Deutschland könne nunmehr mit den 3G-Regeln (geimpft, genesen oder getestet) für Innenräume sowie den Schutzmasken in Bus und Bahn gut durch Herbst und Winter kommen, sagte Spahn gestern. „Aus heutiger Sicht sind bei dieser Impfquote keine weiteren Beschränkungen notwendig.“ Als verzichtbar nannte der Minister insbesondere die Aha-Regeln mit den Schutzmasken im Außenbereich.

Die Impfquote unter den Erwachsenen in Deutsch-

land ist einer neuen Erhebung des Robert-Koch-Instituts (RKI) zufolge höher als bislang angenommen. Es sei „in der Erwachsenenbevölkerung von einem Anteil mindestens einmal Geimpft“ von bis zu 84 Prozent und einem Anteil vollständig Geimpfter von bis zu 80 Prozent auszugehen“, heißt es in der Auswertung des neuen Impfquoten-Monitorings (Covimo).

Einige Impfungen nicht gemeldet

Die Diskrepanz zwischen den gemeldeten Impfungen und den jetzigen Erkenntnissen des RKI ergibt sich offenbar daraus, dass Impfungen nicht meldet wor-

den sind. Das sei insbesondere bei den Betriebsärzten ein Thema, betonte der Minister. Aber auch bei den Einsätzen der mobilen Impfteams etwa in Altenheimen könne es zu Lücken bei den Meldungen gekommen sein.

Unterdessen empfiehlt die Ständige Impfkommission jetzt auch allen Senioren ab 70 Jahren eine Corona-Auffrischimpfung. Im höheren Alter falle die Immunantwort nach Impfungen insgesamt geringer aus, und Impfdurchbrüche könnten häufig auch zu einem schweren Krankheitsverlauf führen, hieß es in der Begründung. In Pflegeeinrichtungen könne ein sogenannter Booster wegen eines erhöhten Aus-

bruchsrisikos auch Senioren unter 70 Jahren gespritzt werden. Wer mit dem Corona-Impfstoff von Johnson & Johnson geimpft wurde, sollte laut der Ständigen Impfkommission (Stiko) eine zusätzliche mRNA-Impfstoffdosis für einen besseren Schutz erhalten. Dies könne ab vier Wochen nach der Johnson-&-Johnson-Impfung erfolgen, teilte das Expertengremium gestern mit. Zur Begründung verwies die Stiko auf sogenannte Impfdurchbrüche. Die Wirksamkeit gegen die vorherrschende Delta-Variante sei im Unterschied zu den anderen Corona-Impfstoffen vergleichsweise gering, hieß es. [AFP, dpa](#)

SEITENBLICK

Regierungschefin wettet mit Opposition: Ich halte durch

Der Einsatz beträgt 50 Pfund: Die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon ist eine Wette gegen Oppositionsführer Douglas Ross eingegangen. Der konservative Politiker ist der Ansicht, dass Sturgeon vor Ende der Legislaturperiode 2026 ihr Amt abgibt – die Chef der Schottischen Nationalpartei (SNP) hält dagegen, wie die Zeitung „The Scottish Sun“ berichtete. Umgerechnet sind rund 59 Euro ausgelobt. Ross hatte der Zeitung „Telegraph“ gesagt, es gebe eine „sehr hohe Wahrscheinlichkeit“, dass jemand anders als Sturgeon die SNP in die Wahl 2026 führt. „Sie sieht aus, als habe sie es manchmal satt“, sagte der 38-Jährige. Sturgeons Sprecher sagte daraufhin der „Sun“, die 51-Jährige habe sofort eine Wette vorgeschlagen – und sogar eine Verdopplung angeboten zur Frage, wer von beiden länger als Parteichef durchhalte. Ross habe eingeschlagen. [dpa](#)



Foto: dpa/Andrew Milligan

